4. Regionale Wirtschaftspolitik

4.1 Raumwirtschaftspolitik und Raumordnungspolitik

- **Raumwirtschaftspolitik (regionale Wirtschaftspolitik)**

Raumwirtschaftspolitik ist ein Synonym für **regionale Wirtschaftspolitik** als Teilgebiet der **Wirtschaftspolitik** (Gestaltung von Bedingungen der Produktion und des Austausches von Gütern und Dienstleistungen)

Die **Raumwirtschaftspolitik (regionale Wirtschaftspolitik):**

Gestaltung der räumlichen Verteilung ökonomischer Aktivitäten

Raumwirtschaftspolitik (regionale Wirtschaftspolitik) zielt darauf ab, die ökonomischen Aktivitäten in bestimmte Teilgebieten so zu beeinflussen, das sich das Regional-gefüge einer Volkswirtschaft (Regionalstruktur) und wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen in einer von der Gesellschaft angestrebten Weise realisiert (Karl 2012, Regionale Wirtschaftspolitik).

<u>Beispiele</u>:

- Maßnahmen, um höheres Wirtschaftswachstum zu erreichen
- Maßnahmen, die auf eine gleichmäßigere Verteilung der ökonomischen Aktivitäten abstellen

Raumwirtschaftspolitik (regionale Wirtschaftspolitik)

- ist explizit räumlich ausgerichtet
- basiert auf einer Disaggregation der Volkswirtschaft in Regionen
- berücksichtigt regionale Besonderheiten zur effizienten Umsatzung wirtschaftspol. Ziele

• Raumordnungspolitik

Raumordnungspolitik ist ebenfalls explizit räumlich ausgerichtet ohne jedoch ihren fachlichen Fokus auf ökonomische Tatbestände zu beschränken.

Die **fachliche Ausrichtung** der Raumordnungspolitik ist **querschnittsorientiert**, d.h. sie umfasst sämtliche raumwirksame Fachpolitiken, insb. Wirtschafts-, Verkehrs-, Umwelt- und Agrarpolitik.

Fokus der **Raumordnungspolitik** auf:

- Raumstrukturen,
- Flächennutzungsstrukturen,
- Siedlungsstrukturen

<u>Beispiele</u>:

- Ausgewogenheit der Siedlungsstrukturen
- Versorgung der Räume mit Infrastruktur

Räumliche Lebensverhältnisse und **Beziehungen der Regionen** zueinander vor dem Hintergrund von **Leitbildern** geordnet und entwickelt (Europäisches Raumentwicklungskonzept, Raumordnungsgesetz (ROG)):

- polyzentr. und ausgewog. Wirtschafts-, Siedlungs- und Flächennutzungsstruktur,
- ausgewogene Beziehung zw. städt. Ballungsräume u. ländlichen Räumen,
- ausreichende und flächendeckende Versorgung mit Dienstleist. und Wohnraum,
- nachhaltige Umwelt- und Lebensbedingungen,
- ausreichende u. gleichwertige Einkommens- u. Beschäftigungsbedingungen

Unterschiedliche Instrumentenansätze in Raumordnungs- und Raumwirtschaftspolitik

Raumordnungspolitik:

- setzt bei Umsetzung der Leitbilder insb. auf planerische Ansätze (Raumordnungspläne) sowie auf resortübergreifende Koordination aller raumwirksamen Politiken (Deutschland, EU)
- nimmt Funktionszuweisung vor wie Zentral Orte, Entwicklungs- und Verkehrsachsen, Ausweisung von Vorranggebieten (z.B. Natur- und Umweltschutz, Windenergie)
- legt in Flächennutzungsplanung Flächen für Infrastruktur, Wohnen. Verkehr und Produktion fest (ökonomische Aktivitäten können sich nicht einfach „im Raum“ ausbreiten)
- Raumordnungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Großprojekten (Trassenplanung für Schiene, Autobahn, Bau von Kraftwerken)

Raumwirtschaftspolitik:

- arbeitet mit finanzielle Anreizen wie z.B. Investitionszuschüssen und Steuererleichterungen

4.2 Konzeptionen der regionalen Wirtschaftspolitik: Marktwirtschaftliche versus interventionistische Variante

Regionales Entwicklungsprogramm: Anpassung der realen an die gewünschte Raumstruktur

Entscheidung über hierarchische Ebene der politischen Kompetenz über Raumentwicklung: **zentrale oder dezentrale Raumwirtschaftspolitik**

Zentrale Regionalpolitik („Politik für die Regionen“, interventionistische Variante oder Regionalpolitik „von oben“):

Verantwortung bei zentraler Ebene des Staates

→ zentralstaatliche Eingriffe zum Ausgleich von Marktunvollkommenheiten und zur Durchsetzung außerökonomischer Zielsetzungen

Dezentrale Regionalpolitik („Politik der Regionen“, „ordnungspolitische Regionalpolitik“ oder Regionalpolitik „von unten“):

Kompetenz für raumwirtschaftliche Maßnahmen bei Regionen

→ Wettbewerb zwischen Regionen um Investitionen, (hochqualifizierte) Arbeitskräfte und räumlich mobile Kaufkraft (Ausbau von Stärken und Abbau von Schwächen durch effiziente und innovative Entwicklungsstrategien)

Übersicht 4-1: Charakteristika unterschiedlicher regionalpolitischer Ansätze

Kriterium	Marktwirtschaftliche Variante	Interventionistische Variante
Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Marktes	Hoch; Markt führt bei Setzung vernünftiger Rahmenbedingungen (= Spielregeln) durch den Staat zu Gleichgewicht und Stabilität	Niedrig; Markt neigt ohne dauernde staatliche Eingriffe zu Ungleichgewichten und Instabilitäten
Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit gesellschaftlicher Prozesse durch den Staat	Niedrig; Begründung liegt in der Komplexität der Gesellschaft, in dem Egoismus der Politiker (Stimmenmaximierung) und in der Aushöhlung von Eigeninitiative	Hoch; demokratisch legitimierte Entscheidungen und „Runde Tische“ steuern ebenso gut oder besser als der Markt
Staatsauffassung	Individualistisch; der Staat bezieht seine Legitimation aus Aufgaben, die ihm die Gesellschaft überträgt	Kollektivistisch; der Staat hat eine eigene genuine Legitimation und deshalb die Aufgabe, in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen
Konsumentensouveränität	Hoch; die Wirtschaftssubjekte wissen am besten selber, was gut für sie ist	Stark eingeschränkt aufgrund von unvollständiger Information, komplexer Sachverhalte, externer Effekte und einer eingeschränkten Mobilität
Konsequenzen für die regionale Wirtschaftspolitik	Wettbewerb zwischen den Regionen führt zur Stärkung der Eigeninitiative und sorgt für eine optimale räumliche Verteilung der Produktionsfaktoren. Die Regionen entscheiden selbst über ihr Entwicklungsinstrumentarium Die zentrale Instanz • sorgt durch Setzung vernünftiger Rahmenbedingungen dafür, dass es zu einem fairen Wettbewerb zwischen Regionen kommt • praktiziert einen regionalen Finanzausgleich, der sozialen Gesichtspunkten Rechnung trägt und für eine Unterstützung armer Regionen sorgt	Marktunvollkommenheiten und das Anstreben außerökonomischer Ziele legen eine zentrale Strukturpolitik für die Regionen nahe. Die zentrale Instanz • teilt die gesamte Volkswirtschaft in Wirtschaftsräume ein • entscheidet darüber, welche der Regionen im Rahmen der regionalen Strukturpolitik gefördert werden sollen • legt das Förderinstrumentarium fest und stellt die hierfür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung • entscheidet über die Förderanträge • kontrolliert den Vollzug und die Effizienz der Maßnahmen • passt die Raumwirtschaftspolitik an geänderte Rahmenbedingungen an
Fazit:	Regionale Strukturpolitik in einem marktwirtschaftlichen System ist Wettbewerb zwischen Regionen.	Regionale Strukturpolitik durch eine zentrale Instanz in einem marktwirtschaftlichen System ist begründbar und notwendig.

Kehrtwendung der **regionalen Strukturpolitik**:

Konzepte zunehmend in Regionen selbst entwickelt und umgesetzt (eigenverantwortliche Regionalentwicklung)

Wettbewerb der Regionen → **Regionalmanagement** (zweckorientierte Leitung des Wirtschaftsraums)

Kooperation der Mitglieder des Systems „Region“ freiwillig, denn

- Anreiz- und Belohnungssysteme kaum verfügbar
- gesetzliche Vorschriften sowie Vorgaben zentraler Instanzen schränken Handlungs-möglichkeiten ein
- erfolgreiche Entwicklungsstrategien setzen sich durch, weniger erfolgreiche laufen aus
- untereinander im Wettbewerb stehende Regionen können ganz unterschiedliche Standortvoraussetzungen haben
- Erfolg nur dann, wenn Entwicklungsstrategie von Entscheidungsträgern „vor Ort“ umgesetzt (nicht von zentraler Instanz „übergestülpt“)
- Sparsamkeit und Effizienz der eingesetzten Instrumene: wenn aus eigenen Mitteln zu finanzieren (sonst: Gefahr des Rent-seeking und der Lethargie)

Governance: **Regionalmanagement**:

- Formulieren von Zielen für Regionen
- Aufzeigen von Instrumenten zur erfolgreichen Entwicklung
- Anregen und Begleiten von Prozessen
- Vertreten regionaler Interessen gegenüber zentralen Instanzen
- Anregen, Intensivieren und Gestalten von Interaktionen zwischen Bestandteilen des Systems „Region“
- Vermarkten der Region nach außen (Standortmarketing)

Frage: **Dezentrale oder zentrale regionale Strukturpolitik**

→ Hinweise aus Theorie des Förderalismus

Prinzip der fiskalischen Äquivalenz:

Vermeiden nicht internalisierter externer Effekte und damit Fehlallokationen von Ressourcen

bei kollektiv-internen Entscheidungen nur innerhalb des Kollektivs anfallende Kosten und Nutzen relevant

→ Festlegung der Grenzen des Kollektivs so, dass weder positive noch negative Konsequenzen über Grenzen des Kollektivs streuen (Forderung nach Identität von Nutzern, Kostenträgern und Entscheidungsberechtigten)

notwendige Bedingung für pareto-optimale Allokationseffizienz bei Bereitstellung kollektiver Güter und Dienste

Subsidiaritätsprinzip:

Bereitstellen politischer Kompetenzen möglichst dezentral

→ flexiblere und effizientere Reaktionen, bessere Abbildung räumlich heterogener Präferenzstrukturen

Kompetenz nur dann auf höherer Ebene, wenn

- Externalitäten auftreten (betroffene Regionen können sich vereinigen, einen Zweckverband bilden oder die Kompetenz an eine zentrale Instanz abgeben)
- die Bereitstellungskosten durch eine zentrale Instanz deutlich geringer sind
- dezentrale Instanzen mit einer Aufgabe organisatorisch, kompetenzmäßig oder finanziell überfordert sind

• Aktive versus passive Sanierung

Aktive Sanierung:

- Gegensteuern von regionalen Schrumpfungs-prozessen
- Verhinderung von Abwanderungen
- Verbesserung ungesunder Wirtschaftsstrukturen
- Steigerung der Produktivität der Produktionsfaktoren

Passive Sanierung:

- Regionale Schrumpfungsprozessen bis zu gewissem Grad als wünschenswert erachtet
- Nicht nur Zulassen, sondern auch Förderung von Abwanderungen
- Hoffnung, dass Schrumpfungsprozesse zu „Gesundschrumpfen“ strukturschwacher Regionen führt

<u>Pro aktive Sanierung:</u>

- Chance für Menschen, in ihrer Heimat zu bleiben
- persönliche Netzwerke bleiben erhalten (Verhinderung sozialer Entwurzelung)
- entspricht einer Regionalpolitik, die mit Blick auf das Wohl des Menschen die dienende Funktion des Kapitals in den Vordergrund rückt
- Keine Garantie, dass Region bei passiver Sanierung „gesundschrumpft“ (Gefahr einer sich fortsetzenden Abwärtsspirale, „Leerlaufen eines Wirtschaftsraums)

<u>Pro passive Sanierung:</u>

- Verzicht auf gesamtwirtschaftlichen Wohlstand bei aktiver Sanierung
- Gewöhnungseffekt von Subventionen bei aktiver Sanierung (Lähmung von Eigen-initiative, Verlust an Flexibilität)

4.3 Ziele und Zielverhältnisse der regionalen Wirtschaftspolitik

Ziele der regionalen Wirtschaftspolitik:

Wachstum, **Stabilität**, **Ausgleich. Nachhaltigkeit**

- **Wachstumsziel**

Aufteilung der Produktionsfaktoren auf die Regionen, dass es zu einem Ausgleich der Grenzproduktivitäten kommt, so dass die Produktion gesamten Volkswirtschaft maximiert wird

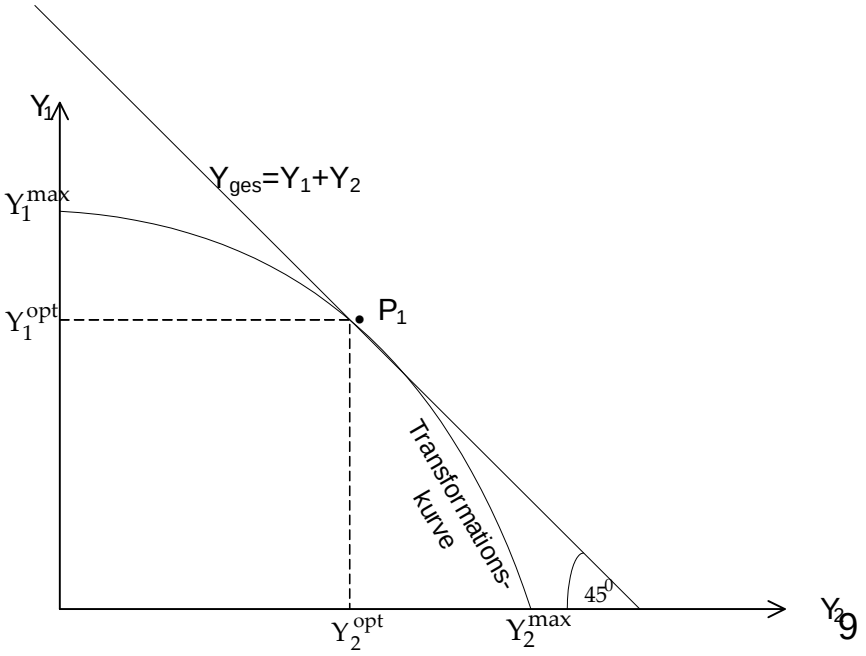
→ interregionaler Ausgleich der Grenzproduktivitäten

2-Regionen-Fall: optimale Produktionsaufteilung Y_1^{opt} und Y_2^{opt} auf die Regionen R_1 und R_2

→ bei abnehmenden und konstanten Skalenerträgen und gleichen Produktionsfunktionen: eindeutige Lösung $Y_1^{opt} = Y_2^{opt}$

Abbildung 4-1:

Optimale Aufteilung der Produktion auf zwei Regionen bei Verfolgung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziels



Marktwirtschaftliche Variante:
Erreichung des optimalen Punkts durch Wettbewerb zwischen Regionen

Interventionistische Variante:
Marktunvollkommenheiten verhindern Realisierung des Punktes P_1

Gründe für Diskrepanzen zwischen realisierter und optimaler Aufteilung:

- externe Effekte
- Informationsmängel
- eingeschränkte Mobilität

<u>Wachstumspolitische Orientierung</u>

Wenn Grenzproduktivität der Arbeit (GP_A) in prosperierenden Regionen größer ist (z.B. München, Düsseldorf, Rhein-Main-Gebiet) als in entwicklungsschwachen Regionen (z.B. ostdeutsche Regionen, Teile des Ruhrgebiets, periphere westdt. Regionen)

→ Unterstützung von Arbeitskräftewanderungen in prosperierende westdeutsche Agglomerationen

Einwände gegen regionale Lenkung von Produktionsfaktoren anhand von GPs:

- Wissen z.B. über regionales Preisniveau und vollständige regionsspezifische Produktionsfunktonen nicht vorhanden („Anmaßung von Wissen“)

- Nicht effektive, sondern potenzielle Grenzproduktivitäten (nach zusätzl. Ansiedlung von Betrieben) sind relevant

- **Stabilitätsziel**

Entwicklung soll in den einzelnen Regionen gleichgewichtig verlaufen und vor allem soll Instabilität auf dem Arbeitsmarkt (hohe Arbeitslosigkeit) verhindert werden

Gleichgewicht auf Markt: Erwartungen aller handelnden Wirtschaftssubjekte erfüllt

→ keine Notwendigkeit zur Änderung von Planung und Handeln

zwei Möglichkeiten bei Verlassen des Gleichgewichts (etwa durch externen Schock):

- Markt kehrt zum Gleichgewicht zurück → stabil
- Rückkehr zum Gleichgewicht gelingt nicht (flankierende staatliche Maßnahmen notwendig) → instabil

Regionale Instabilitäten

→ im Zeitablauf unterschiedliche Auslastungen der Produktionsfaktoren (Messung z.B. für Arbeit mit Arbeitskraftreservekoeffizient (AKR))

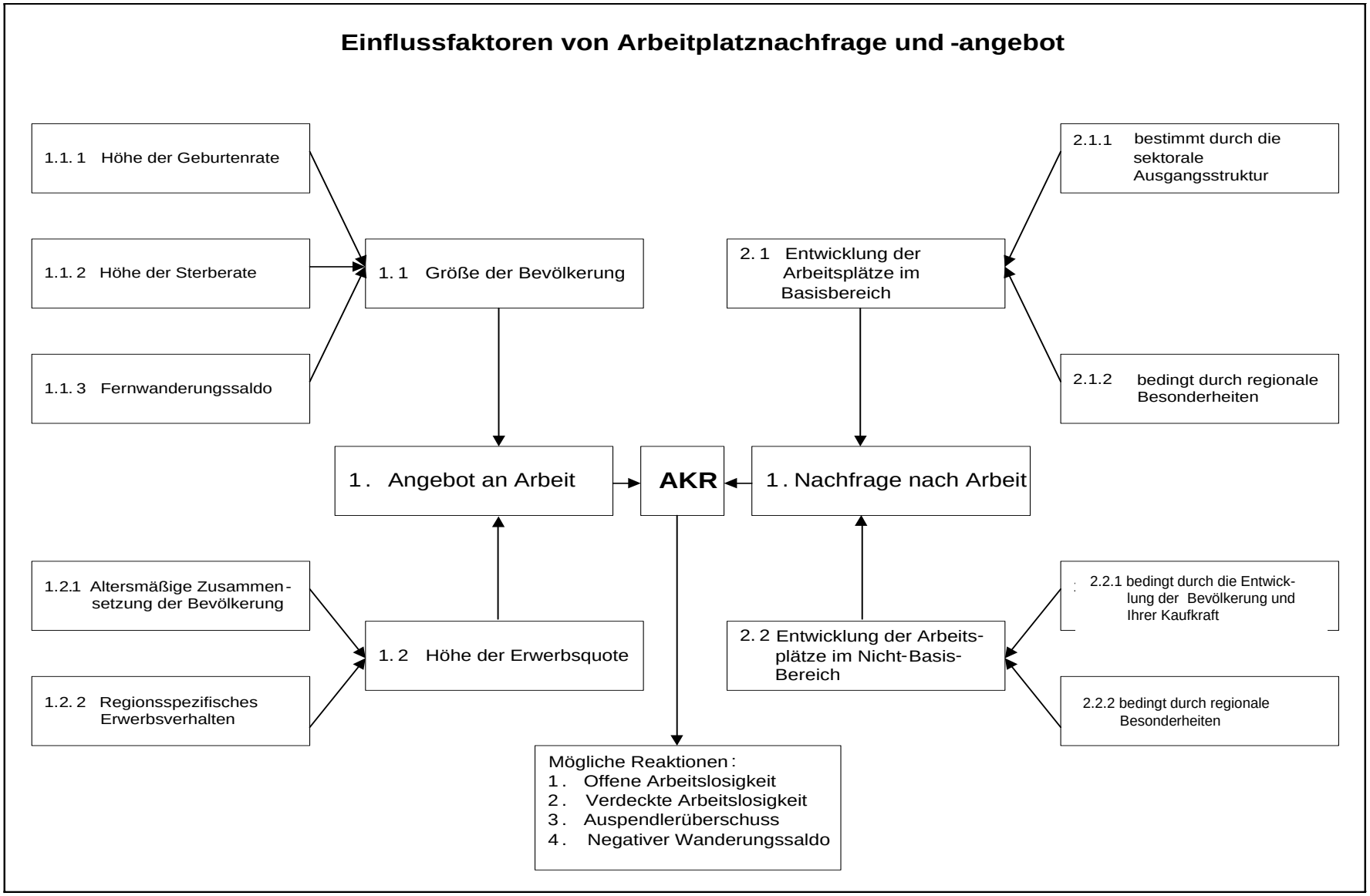
Definition des Arbeitskraftreservekoeffizienten (AKR):

$$\text{AKR} = \frac{\text{Arbeitsangebot (Arbeitsplatznachfrage)} - \text{Arbeitsnachfrage (Arbeitsplatzangebot)}}{\text{Arbeitsangebot (Arbeitsplatznachfrage)}}$$

AKR > 0: Regionaler Arbeitsplatzmangel

AKR < 0: Regionaler Arbeitsplatzüberschuss

Abbildung 4-2: Einflussfaktoren von Arbeitsplatznachfrage und –angebot



Quelle: Eckey (2008, S. 176)

Kurz-, mittel- und langfristige Bewegungen des Arbeitskraftreservekoeffizienten (AKR):

- Saisonale Schwankungen aufgrund Witterungseinflusse und jahreszeitliche Nachfrageschwankungen (Tourismus, Weihnachtsartikel, usw.)
- Konjunkturelle Schwankungen, betrifft insbesondere Wirtschaftsräume mit
  - Übergewicht konjunktursensibler Wirtschaftszweige
  - überdurchschnittlich vielen Zweigbetrieben
  - vielen Kleinunternehmen
- Langfristig strukturelle Schwankungen
  - Marktwirtschaftliche Variante:
    stabiler Markt → keine Veranlassung zum Eingriff durch zentrale Instanzen;
    Eigeninteresse der Regionen zur Bewältigung des Strukturwandels
  - Interventionistische Variante:
    instabiler Markt → Regionen aus eigener Kraft unfähig bzw. überfordert zur Bewältigung des Strukturwandels

Langfristige Instabilitäten vor allem durch schnelles Wegbrechen von Arbeitsplätzen z.B. bei
– hohem Anteil schrumpfender Wirtschaftszweige (z.B. Landwirtschaft, Kohle, Textilindustrie)
– hohem Anteil von Zweigunternehmen (rel. kurze Lebensdauer, Arbeitsplätze leicht verlegbar)
– Umbruch des Systems (z.B. Ostdt.land: alte Produkte, Prod.verfahren, Absatzkanäle wertlos)
– verfehlte kommunale und regionale Wirtschaftspolitik (lässt Wirtschaftsraum in rel. Standortqualität zurückfallen)

<u>Stabilitätspolitische Orientierung</u>

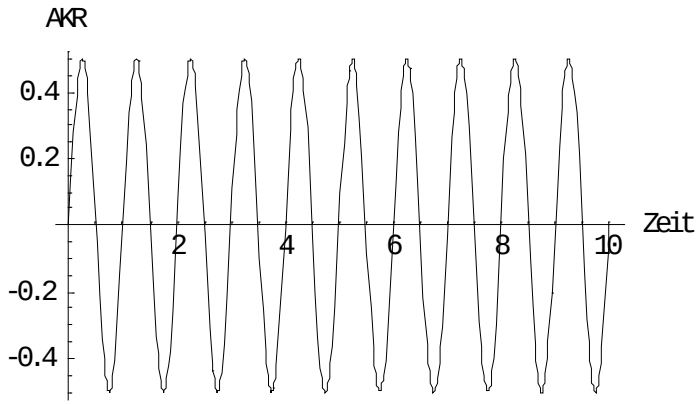
Raumgefälle bei AKR bzw. ALQ von Nordost nach Südwest

→ Regionale Strukturpolitik hat insbes. neue Bundesländer zu unterstützen

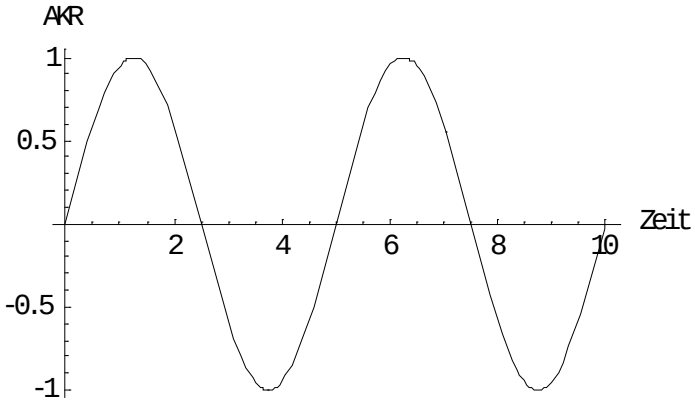
- Konjunktur- und Strukturresistenz der ansässigen Betriebe erhöhen (Anpassung an neue Rahmenbedingungen unterstützend begleiten)
- neue Betriebe ansiedeln

Abbildung 4-3: Zeitliche Entwicklung des Arbeitskraftreservekoeffizienten

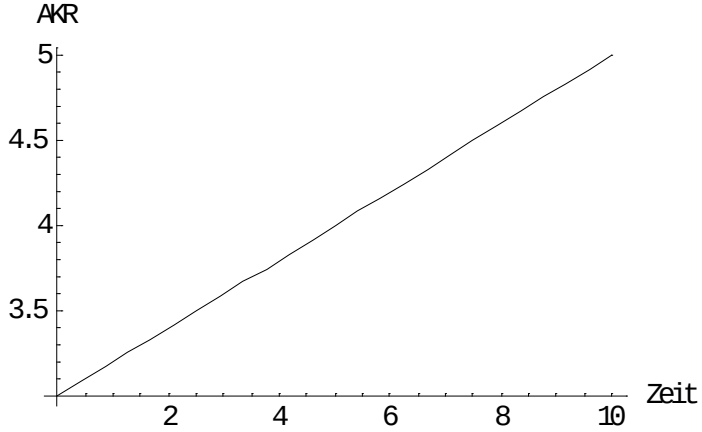
a) Saisonal (= kurzfristig)



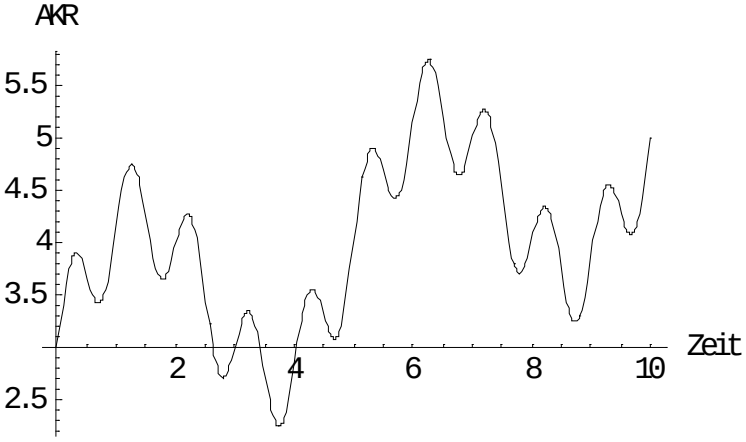
b) Konjunkturell (= mittelfristig)



c) Strukturell (= langfristig)



d) Insgesamt (Saisonal+Konjunkturell+Strukturell)



- **Ausgleichsziel**

für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen einer Vlkswirtschaft sorgen

Ausgleich: Verringerung der Streuung einer Variablen
für n regionale Arbeitsmärkte und Variable V:

(4-1) $$\sum_{j=1}^{n}\left(V_j - \overline{V}\right)^2 \rightarrow \text{Minimum}$$

ethische Begründung: Solidarität, sozialer Frieden, Brüderlichkeit, Nächstenliebe

suprastaatliche Ebene: EU verfolgt Ziel der territorialen Kohäsion (Zusammenhalt)

Anknüpfungspunkte in deutschem Verfassungsrecht:

- „gleichwertige Lebensverhältnisse“ (§ 1 ROG) → regionale Ausprägung des Sozialstaatsprinzips
- Konzept der „bündischen Solidarität“ und „Bundestreue“ aus Bundesstaatsprinzip
- Kompetenznorm Art. 72 GG: „Gleichwertige Lebensverhältnisse“
- Steuerverteilungsnorm Art. 106 GG: auf „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ Bezug genommen

Gleichwertige Lebensverhältnisse
in Raumordnungsgesetz (§ 1 ROG) und verschiedenen Landesplanungsgesetzen normiert; ethische, rechtliche Norm, keine ökonomische Begründung

Verletzung des Ausgleichsziels
durch unterschiedliche regionale Produktionsbedingungen (in strukturschwachen Regionen durch schlechte Infrastruktur, periphere Lage, veraltete Sektoralstruktur oder fehlende Agglomerationsvorteile)

Marktwirtschaftliche Variante:
Ausgleichsziel untergeordnete Bedeutung
stattdessen Chancengleichheit bei interregionalem Wettbewerb (interregionaler Finanzausgleich: nicht zweckgebundene Zahlungen zugunsten schwacher Regionen)

Interventionistische Variante:
Ausgleich zwischen Regionen zentrale Bedeutung
Einsatz von Instrumenten zugunsten armer Regionen durch zentrale Instanz

<u>Ausgleichspolitische Orientierung</u>

Messung der Realisierung des Ausgleichziels: Wanderungssaldo (WS) der 25- bis 50-Jährigen

Wanderungssaldo (WS): Zu- und Abwanderungen bringen die Lebenssituation in einer umfassend zum Ausdruck („Abstimmung mit Füßen“) → andere Regionen werden als attraktiver eingeschätzt

25- bis 50-Jährige: wandern am stärksten arbeitsplatzorientiert

Abwanderung vor allem aus ostdeutschen Regionen

→ Regionalförderung auf Ostdeutschland konzentrieren

- **Nachhaltigkeitsziel**

Forderung nach einer nachhaltigen Raumentwicklung (Raumordungsgesetz (ROG)):
noch nicht allzu lange Ziel der regionalen Strukturpolitik (Diskussion seit Mitte der 90er Jahre)

Nachhaltigkeit:
Art des Wirtschaftens, bei der die Befriedigung der Bedürfnisse der heute lebenden Generation nicht zulasten zukünftiger Generationen geht

Konkretisierung durch Managementregeln:

- Verbrauch nachwachsender Rohstoffe (wie Holz) maximal in der Menge, wie sie nachwachsen
- Verbrauch nicht nachwachsender Rohstoffe maximal in der Menge, wie alternative Versorgungssysteme aufgebaut werden (z.B. Ersatz von Kohle und Erdöl durch Wind- und Solarenergie)
- Emissionen (Abgase, Abwässer, Abfälle) nur in dem Umfang, wie sie von der Natur ohne Verschlechterung absorbiert werden

Verstöße gegen Nachhaltigkeit besonders durch externe Effekte

Marktwirtschaftliche Variante:
Internalisierung externer Effekte
zentrale Instanz setzt Rahmenbedingungen → Region trägt alle von ihr verursachten, gesamtwirtschaftlichen Kosten und erhält alle bei ihren Aktivitäten entstehende Erträge

Interventionistische Variante:
Zentrale Instanz greift direkt in Wirtschaftsablauf der Regionen ein oder zieht Kompetenz für Maßnahmen an sich

Regionalpolitische Orientierung an Nachhaltigkeit

Indikatorenkatalog zur nachhaltigen Raumentwicklung aufzustellen und z.B. in Raumordnungsregionen messen (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR))

ausgewählte Indikatoren: Flächeninanspruchnahme, geschützte Gebiete, Energie-, Abfall-, Gewässersituation

größte ökologische Defizite in altindustriellen Regionen z.B. Ruhrgebiet, Saarland, Bremen, Nürnberg)

→ diese alten Industrieregionen unterstützen und dort bevorzugt helfen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren

● **Abhängigkeitsverhältnis der Ziele: Zielharmonie**, **Zielneutralität**, **Zielkonflikt**

Ziele sind nicht unabhängig voneinander, sondern stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis

- **Zielbeziehung zwischen Wachstums- und Stabilitätsziel**
  Regionen R_1 und R_2 (R_1 höhere Grenzproduktivitäten; R_2 heftige konjunkturelle und strukturelle Verwerfungen)
  - Zulassen von Abwanderung der Arbeitskräfte von R_2 nach R_1 (= passive Sanierung)
    → Zielharmonie (in R_2 unbeschäftigte Arbeitskräfte werden in R_1 mit hohen Grenzproduktivitäten beschäftigt)
  - dienende Funktion des Kapitals, Wanderung zu Arbeitskräften gefordert (= aktive Sanierung)
  → Zielkonflikt (kein Ausgleich von Grenzproduktivitäten → Verzicht auf Teil des gesamtwirtschaftlichen Outputs bei aktiver Sanierung zugunsten strukturschwacher Gebiete)

- **Zielbeziehung zwischen Wachstums- und Ausgleichsziel**
  - passive Sanierung: Abwanderung der Arbeitskräfte von R_2 nach R_1 unproduktiven zu produktiven, hoch entlohnten Arbeitsplätzen
    → Zielharmonie
  - aktive Sanierung: Arbeitskräfte in Heimatregion gehalten
    → Zielkonflikt
- **Zielbeziehung zwischen Stabilitäts- und Ausgleichsziel**
  - passive Sanierung (Abwanderung zulassen)
    → Zielharmonie
  - aktive Sanierung: Förderung eines strukturschwachen Raums
    → Zielharmonie (Mehrung der Arbeitsplätze → Abbau der Unterbeschäftigung (Stabilitätsziel); Anstieg der Grenzproduktivität → steigende Löhne (Ausgleichsziel)
- **Zielbeziehung zwischen Nachhaltigkeitsziel** auf der einen Seite **und Wachstums-, Stabilitäts- bzw. Ausgleichsziel** auf der anderen Seite

  Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigem Aspekt:
  - kurzfristig: Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlage steigert Output und erhöht Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren
    → Zielkonflikt (positive Auswirkung auf letztere drei Ziele)
  - langfristig: Gefährdung der Grundlage der menschlichen Existenz
    → Zielharmonie

Erweiterung der Produktionsfunktion um Umwelteinsatz U_i:

$$Y_i = e^{f_i} \cdot A_i^{\alpha} \cdot K_i^{\beta} \cdot U_i^{\delta}, \quad \delta > 0$$

Kurzfristige positive Grenzproduktivität des Umwelteinsatzes:

$$\frac{\partial Y_i}{\partial U_i} = e^{f_i} \cdot \delta \cdot A_i^{\alpha} \cdot K_i^{\beta} \cdot U_i^{\delta-1} > 0$$

Kurzfristige pos. Effekt von U_i auf die Grenzproduktivitäten der Arbeit und des Kapitals:

$$\frac{\partial Y_i}{\partial A_i} = e^{f_i} \cdot \alpha \cdot A_i^{\alpha-1} \cdot K_i^{\beta} \cdot U_i^{\delta} \uparrow, \text{ wenn } U_i \uparrow$$

und

$$\frac{\partial Y_i}{\partial K_i} = e^{f_i} \cdot \beta \cdot A_i^{\alpha} \cdot K_i^{\beta-1} \cdot U_i^{\delta} \uparrow, \text{ wenn } U_i \uparrow$$

$U_i^k > U_i^l$: Kurzfristige Zulässigkeit bei langfristiger Nachhaltigkeit der Umweltnutzung verlangt Verzicht auf kurzfr. möglichen Output zugunsten einer verbesserten Grundlage wirtschaftlicher Aktivitäten zukünftiger Generationen

Pfadabhängigkeit der Produktion:
starke Umweltbelastung heute $\rightarrow$ Belastung zukünftigen Outputs

Übersicht 4-2: Zielbeziehung zwischen Wachstum, Stabilität, Ausgleich und Nachhaltigkeit

Ziele / Ziele	Wachstum	Stabilität	Ausgleich	Nachhaltigkeit
Wachstum		Harmonie	Harmonie	Konflikt
Stabilität	Konflikt		Harmonie	Konflikt
Ausgleich	Konflikt	Harmonie		Konflikt
Nachhaltigkeit	Harmonie	Harmonie	Harmonie	

Oberhalb der Diagonale: Passive Sanierung, bei Nachhaltigkeit kurzfristige Betrachtung

Unterhalb der Diagonale: Aktive Sanierung, bei Nachhaltigkeit langfristige Betrachtung

4.4 Instrumentarium der regionalen Wirtschaftspolitik

Instrumentarium: Maßnahmen, mit dem die **Regionalentwicklung** (insbes. In Förderregionen) **unterstützt** werden soll

Wertschöpfung einer Region i (= Y_i) aus Zusammenspiel von Angebotspotenzial AP_i und Nachfrage N_i:

$$Y_i = \mathrm{Min}\begin{cases} AP_i \\ N_i \end{cases}$$

bei $AP_i > N_i$ ($AP_i < N_i$): Wertschöpfung durch unzureichende Nachfrage (unzureichendes Angepotspotenzial) limitiert

Regionale Wirtschaftspolitik zur Erhöhung des Angebotspotenzials (der regionalen Nachfrage): **angebotsorientiert** (**nachfrageorientiert**)

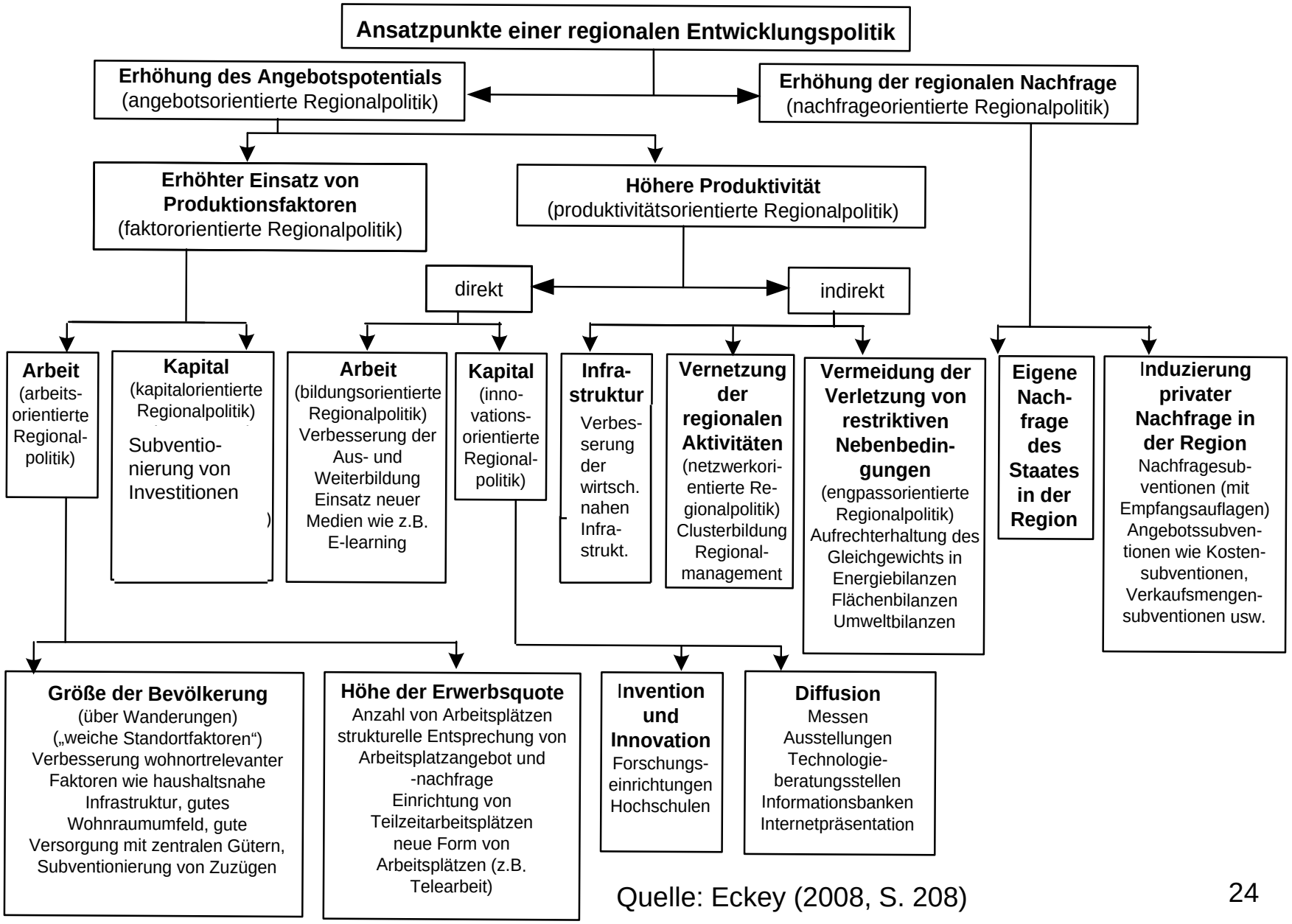
Messung des Angebotspotenzials:
über Produktionsfunktion: $Y_i = g(f_i, A_i, K_i)$

Ansatzpunkte der **angebotsorientierten Regionalpolitik**:

- **Arbeitsorientierte Regionalpolitik:**
  Erhöhung der eingesetzten Arbeitsmenge steigert ceteris paribus produzierte Menge an Gütern und Dienstleistungen: $\frac{\partial Y_i}{\partial A_i} > 0$
- **Kapitalorientierte Regionalpolitik:**
  Mehreinsatz von Kapital steigert ceteris paribus regionalen Output: $\frac{\partial Y_i}{\partial K_i} > 0$

- Erhöhung der Produktivität von Arbeit und (oder) Kapital steigert **Effizienz der regionalen Produktion:** $\frac{\partial Y_i}{\partial f_i} > 0$
  - direkt:
    - **Bildungsorientierte Regionalpolitik**
      Erhöhung des Humankapitals der Erwerbstätigen durch Aus- und Weiterbildung
    - **Innovationsorientierte Regionalpolitik**
      Schaffung neuer und verbesserter Produkte und Produktionsverfahre
  - indirekt:
    - **Infrastrukturorientierte Regionalpolitik**
      Verbesserung der regionalen Infrastruktur
    - **Engpassorientierte Regionalpolitik**
      Verhinderung von Engpässen bei komplementären Produktionsfaktoren (Energie, Fläche, Rohstoffe)
    - **Netzwerk- oder clusterorientierte Regionalpolitik**
      Schaffung und Ausbau von Netzwerken führen zu regionsinternen Überschwappeffekten zwischen Personen, Unternehmen und Institutionen

Übersicht 4-3: Ansatzpunkte einer regionalen Entwicklungspolitik



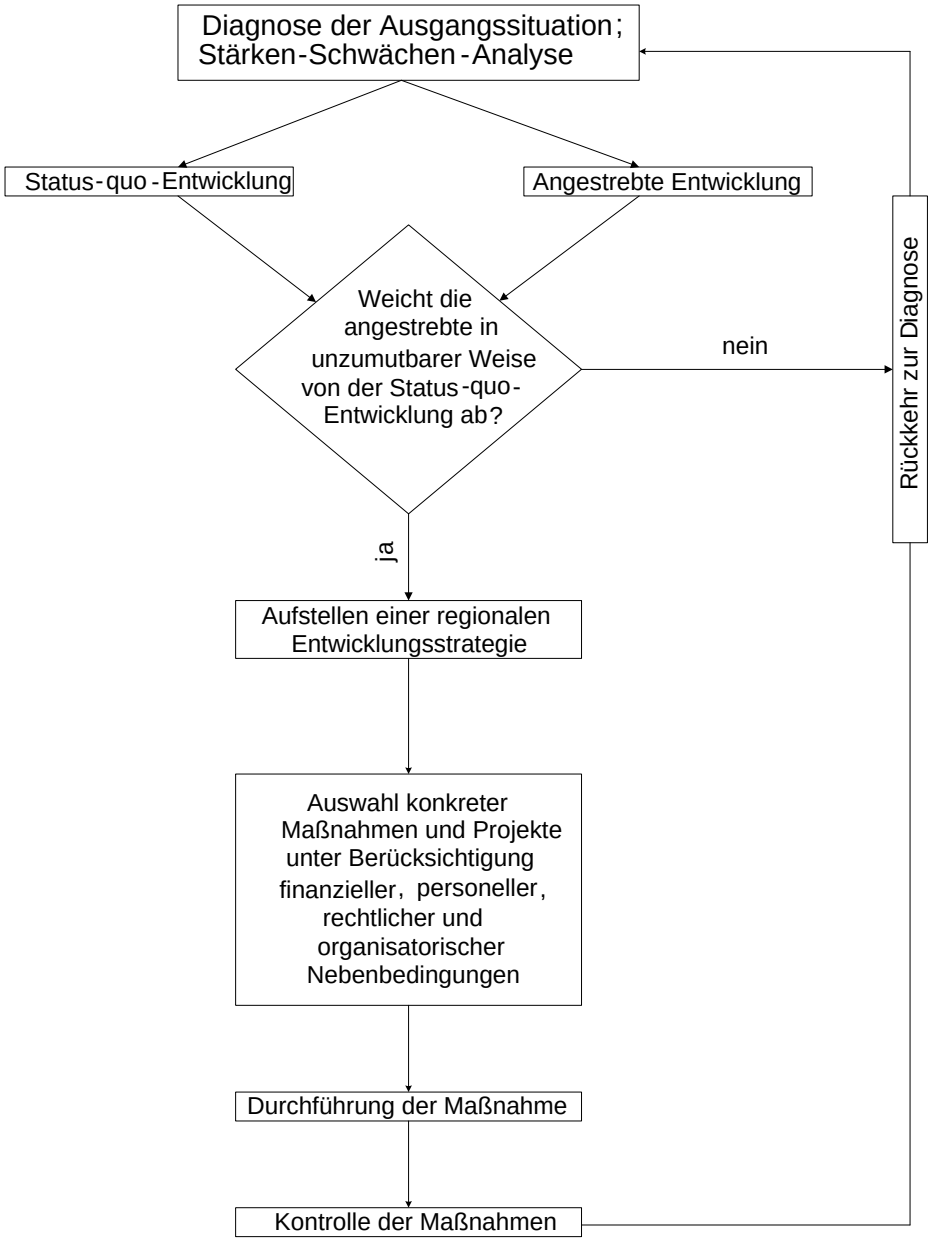
Quelle: Eckey (2008, S. 208)

Übersicht 4-4: Arbeitsschritte eines regionalen Entwicklungskonzepts

Auswahl der Instrumente durch **Machbarkeitsstudie** (**regionales Entwicklungskonzept**):

- Analysieren der Stärken und Schwächen einer Region
- Aufzeigen von Status-quo- und angestrebter Entwicklung
- Empfehlen von Instrumenten zum Abgleich zwischen beiden Entwicklungen
- Umsetzen der Instrumente in finanzieller, personeller und organisatorischer Hinsicht

→ fortwährender Prozess (laufende Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen)



Bevorzugt eingesetzte Instrumente der Regionalpolitik

- **Kapitalorientierte regionale Strukturpolitik**

Förderung von Investitionen (Subventionierung des Produktionsfaktors Kapital)

- **Investitionszulagen** (Investitionszulagengesetz (InvZulG); steuerfrei)
  direkte Finanzhilfen für Unternehmensinvestitionen
- **Investitionszuschüsse** (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW); zu versteuern)
  direkte Finanzhilfen für Unternehmensinvestitionen
- **Sonderabschreibungen** (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW); gewinnmindernd → weniger Steuern)
  stehen in keiner Beziehung zur Wertminderung der Wirtschaftsgüter

→ Senkung der Kapitalnutzungskosten → Erhöhung der Attraktivität der Region für Investitionen

Entscheidung für Investition, wenn
diskontierte Einzahlungen > verbundene Auszahlungen

(4-2) $$-I_0 + \sum_{t=1}^{n} \frac{G_t}{(1+r)^t} + \frac{R_n}{(1+r)^n} > 0 \quad \text{oder} \quad \sum_{t=1}^{n} \frac{G_t}{(1+r)^t} + \frac{R_n}{(1+r)^t} > I_0$$

mit

I = Investitionskosten, G = Gewinn, R = Restwert, t = Periode,
n = Lebensdauer des Kapitalgutes, r = Kalkulationszinssatz

- Steigendes r:

Verstärkte Diskontierung von Gewinnen und Restwert → Bedingung (4-2) von weniger Investitionen erfüllt → negativer Zusammenhang zwischen Höhe der getätigten Investitionen und Höhe des Kalkulationszinssatzes

- Einbeziehung des Staates:

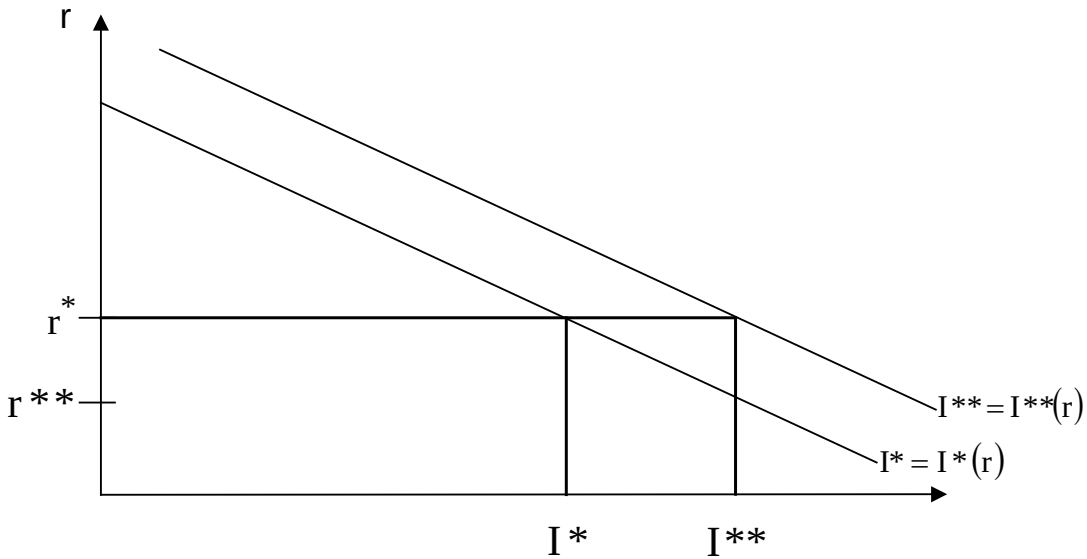
Besteuerung anfallender Gewinne (Steuersatz s)

Bedingung für Vorteilhaftigkeit von Investitionen:

(4-3) $$-I_0 + \sum_{t=1}^{n} \frac{G_t \cdot (1-s)}{(1+r)^t} + \frac{R_n \cdot (1-s)}{(1+r)^n} > 0$$

Unternehmenssteuern senken Vorteilhaftigkeit von Investitionen, so dass das Investitionsvolumen sinkt. Die negative Beziehung zwischen Inestitionen (I) und Zinssatz (r) bleibt dabei jedoch erhalten.

Abbildung 4-4: Zusammenhang zwischen Zinssatz und Investitionshöhe



* Ausgangssituation

** Subventionierung

Veränderung der Investitionsbedingungen bei Subventionierung des Kapitals:

- bei Investitionszulagen (IZL)

$$-I_0 + IZL + \sum_{t=1}^{n} \frac{G_t \cdot (1-s)}{(1+r)^t} + \frac{R_n \cdot (1-s)}{(1+r)^n} > 0$$

- bei Investitionszuschüssen (IZS)

$$-I_0 + IZS \cdot (1-s) + \sum_{t=1}^{n} \frac{G_t \cdot (1-s)}{(1+r)^t} + \frac{R_n \cdot (1-s)}{(1+r)^n} > 0$$

- bei Sonderabschreibungen (SA)

$$-I_0 + SA \cdot s + \sum_{t=1}^{n} \frac{G_t \cdot (1-s)}{(1+r)^t} + \frac{R_n \cdot (1-s)}{(1+r)^n} > 0$$

In allen drei Fällen verschiebt sich die Investitionskurve I=I(r) nach rechts. Zusätzliche Investitionen erfüllen jetzt die jeweilige Rentabilitätsbedingung, so dass sich das Investitionsvolumen in der Region von I* auf I** erhöht. Die Erhöhung der Investitionen entspricht damit dem Effekt, der sich aus einer Senkung des Zinssatzes von r* auf r** ergibt.

Effekte der Förderung von Investitionen (Kapitalsubventionierung) auf die Beschäftigung

Mit Blick auf das **Stabilitätsziel** rücken die **Effekte der Kapitalsubventionierung** auf die Beschäftigung in den Fokus des Interesses. Wenn hierdurch das Regionalprodukt gesteigert wird, braucht dies noch nicht für die **regionale Beschäftigung** zu gelten.

Frage: Unter welchen Bedingungen führt der vermehrte Kapitaleinsatz auch zu einer Ausweitung der in einer Region vorhandenen Arbeitsplätze?

Fall 1: Unbegrenzte Nachfrage bei gegebenen Preisen (Kap.sub. $\rightarrow$ $A_i \uparrow$)

unbegrenzte Nachfrage nach den in der Region hergestellten Produkten bei gegebenen Preisen $\rightarrow$ Ausweitung des Arbeiseinsatzes mit steigendem Kapitalstock (bei gestiegenen Investitionen erhöht sich über die steigende Kapitalintensität die Grenzproduktivität der Arbeit, so dass es für die Unternehmer attraktiv wird, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen (= Produktionseffekt)

Beispiel:

Produktionsfunktion: $Y_i = A_i^{2/3} \cdot K_i^{1/3}$, regionaler Kapitalstock: $K^*_i = 2$

gegebener Lohnsatz (Tarifverhandlungen): $w_i = 1/6$

Grenzproduktivität der Arbeit: $GP_A = \frac{\partial Y_i}{\partial A_i} = \frac{2}{3} \cdot A_i^{-1/3} \cdot K_i^{1/3} \uparrow$, wenn $K_i \uparrow$

Entlohnung nach Grenzprodukt: $GP_A = \frac{\partial Y_i}{\partial A_i} = \frac{2}{3} \cdot A_i^{-1/3} \cdot K_i^{1/3} \overset{!}{=} w_i = \frac{1}{6}$

$\rightarrow$ $A^*_i(K^*_i=2) = 128$

bei Arbeitsangebot in der Region von $\overline{A_i} = 150$

$\rightarrow$ Regionale Arbeitslosenquote: $ALQ_i = \frac{\overline{A_i} - A_i^*}{\overline{A_i}} = \frac{150-128}{150} = 0{,}147 \quad (= 14{,}7\%)$

Kapitalstock bei Vollbeschäftigung: $K_i^{**}(\overline{A_i} = 150) = 2{,}15$ □

<u>Fall 2</u>: Limitierte Nachfrage (Kap.sub. $\rightarrow$ $A_i \downarrow$)

Produktionsfunktion bei limitierter Nachfrage ($Y_i = Y_i^{lim}$): $Y_i^{lim} = A_i^{\alpha} \cdot K_i^{\beta}$

Arbeitseinsatz: $A_i = (Y_i^{lim})^{1/\alpha} \cdot K_i^{-\beta} = \frac{(Y_i^{lim})^{1/\alpha}}{K_i^{\beta}}$

Wird der Kapitaleinsatz aufgrund der Verbilligung des Faktors Kapital durch Investitionssubventionen erhöht, geht der Arbeitseinsatz bei gegebener Nachfrage zurück (= Verlust an Arbeitsplätzen).

<u>Fall 3</u>: Veränderung der Zins-Lohn-Relation (Kap.sub. $\rightarrow$ $A_i \downarrow$ oder $A_i \uparrow$)

Der Effekt auf die Beschäftigung ist nicht eindeutig, wenn beide Effekte, der **Output-effekt** ($A_i \uparrow$) und der **Substitutionseffekt** ($A_i \downarrow$) gleichzeitig auftreten, die saldiert den **Gesamteffekt** ($A_i \uparrow$ oder $A_i \downarrow$) geben:

Gesamteffekt = Outputeffekt + Substitutionseffekt

Je nachdem, welcher der beiden Effekte überwiegt, kann die Auswirkung steigenden Kapitaleinsatzes auf die Beschäftigung positiv oder negativ sein:

Outputeffekt > Substitutionseffekt: $A_i \uparrow$

Substitutionseffekt > Outputeffekt: $A_i \downarrow$

Beispielhafte Darstellung der Effekte in Grafik (Abb. 4-5)

<u>vor Kapitalsubventionierung</u>

- regionale Produktion X* (mit unterschiedl. Kombinationen von Kapital und Arbeit herstellbar $\rightarrow$ Isoquante)
- gegebene Zins-Lohn-Relation (tan α*) $\rightarrow$ Isokostenlinie
- Optimalpunkt O*: Tangentialpunkt von Isoquante X* und Isokostenlinie (mit tan α*) (im Produktionsprozess werden die Faktormengen A* und K* eingesetzt)

nach Kapitalsubventionierung

- Verbilligung des Produktionsfaktors Kapital im Vergleich zum Produktionsfaktor Arbeit $\rightarrow$ Zins-Lohn-Relation sinkt auf tan α**
- neuer Optimalpunkt bei unverändertem Output O**: mit optimalen Faktormengen A** und K** $\rightarrow$ A ist aufgrund der geänderten Faktorpreisrelation teilweise durch Kapital substituiert worden (= Substitutionseffekt)
- aufgrund gewährter Subventionen verbessert sich die Position der Region im inter-regionalen Wettbewerb (billigere Produktion) $\rightarrow$ Output steigt dadurch von X* auf X*** (= Produktionseffekt)
- neuer Optimalpunkt O*** bei gestiegenen Output und durch tan α** = tan α*** gegebenen Zins-Lohn-Relation: mit optimalen Faktormengen A*** und K***

Arbeitsplatzveränderung durch Kapitalsubventionierung:

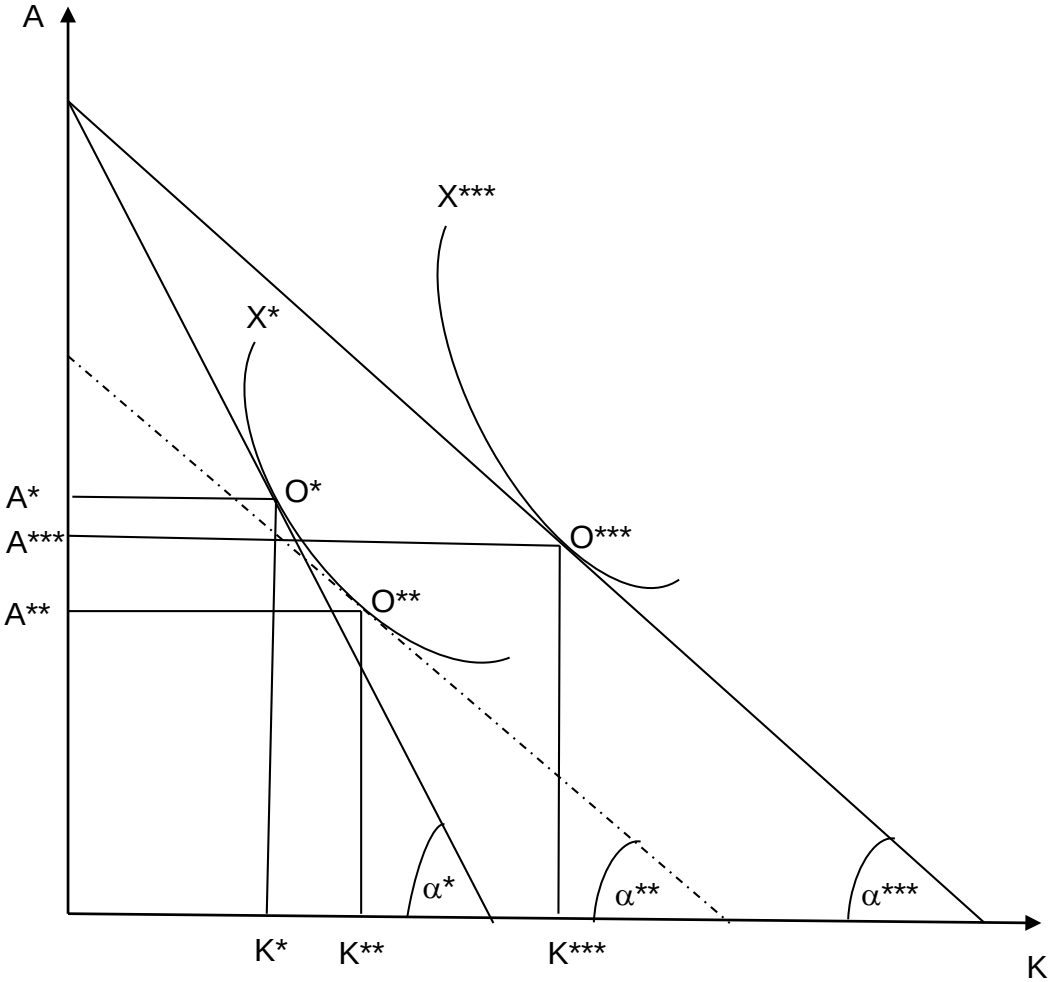
A***–A* (hier: negativ)

Produktionseffekt A***-A** (pos.) Substitutionseffekt A**-A* (neg.)

Falls Outputeffekt > Substitutionseffekt $\rightarrow$ $A_i \uparrow$ durch Kap.subv.

umso eher, je – höher die Preiselastizität der Nachfragefunktion
– niedriger die Substitutionselastizität der Produktionsfaktoren

Abbildung 4-5: Produktions-, Substitutions- und Gesamteffekt bei der Subventionierung des Produktionsfaktors Kapital



*: Ausgangssituation

$$\tan \alpha^* = \frac{\text{Zinssatz}^*}{\text{Lohnsatz}^*} = \frac{r^*}{w^*}$$

$$\tan \alpha^{**} = \frac{r^{**}}{w^{**}} < \tan \alpha^* = \frac{r^*}{w^*}$$

wegen r**<r* nach Kap.sub.

$\tan \alpha^{***} = \tan \alpha^{**}$

unveränderte Zins-Lohn-Relation bei Outputsteigerung aufgrund billigerer Produktion (Kap.sub.)

Einwände gegen kapitalorientierten Regionalpolitik:

- Verdrängungseffekte (Finanzierung von Subventionen erhöht steuerliche Belastung der Prod.faktoren → Verdrängung von Investit. oder Konsum anderer Stelle)
- Förderung von Attentismus und Lähmung von Eigeninitiative (kein aktives Entgegen-treten bei schlechter wirtschaftlicher Lage)
- Mitnahmeeffekte (auch Unternehmen, die ohne Subventionen investiert hätten, beantragen Subventitionen zur Gewinnsteigerung)
- „Anmaßung von Wissen“
  bei Auswahl (Selektion durch Träger der Regionalpolitik) wichtiger, förderungswerter Investitionen, wenn beantragte Fördermittel verfügbare Subventionen übersteigen
- Verdrängung von Arbeit durch billiger gewordenes Kapital
  Anstieg regionaler Arbeitslosigkeit, wenn Nachfrage nach Gütern der Region beschränkt oder Substitutionseffekt einer Kapitalsubvention größer als der Outputeffekt ist

- **Infrastrukturorientierte Regionalpolitik**

Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, um Wachstum in Förderregionen zu induzieren

Ausbau erhöht Grenzproduktivitäten beider Produktionsfaktoren
→ Steigerung der Attraktivität der Region für Arbeit und Kapital

Erweiterung der Produktionsfunktion um (Quasi-)Produktionsfaktor Infrastruktur (public capital (PK)):

$$Y_i = e^{f_i} \cdot A_i^{\alpha} \cdot K_i^{\beta} \cdot PK_i^{\gamma}, \quad \gamma < 1$$

Positive Grenzproduktivität der Infrastruktur:

$$\frac{\partial Y_i}{\partial PK_i} = e^{f_i} \cdot \gamma \cdot A_i^{\alpha} \cdot K_i^{\beta} \cdot PK_i^{\gamma} > 0$$

Pos. Effekte der Infrastruktur Pk_i auf die Grenzproduktivitäten der Arbeit und des Kapitals:

$$\frac{\partial Y_i}{\partial A_i} = e^{f_i} \cdot \alpha \cdot A_i^{\alpha-1} \cdot K_i^{\beta} \cdot PK_i^{\gamma} \uparrow, \text{ wenn } PK_i \uparrow$$

und

$$\frac{\partial Y_i}{\partial K_i} = e^{f_i} \cdot \beta \cdot A_i^{\alpha} \cdot K_i^{\beta-1} \cdot PK_i^{\gamma} \uparrow, \text{ wenn } PK_i \uparrow$$

Produktivitätseffekte einer Verbesserung der Infrastruktur umso größer, je schlechter die Ausstattung der Region mit Infrastruktur ist:

$$\frac{\partial\left(\frac{\partial Y_i}{\partial A_i}\right)}{\partial PK_i} = e^{f_i} \cdot \alpha \cdot \gamma \cdot A_i^{\alpha-1} \cdot K_i^{\beta} \cdot PK_i^{\gamma-1} \downarrow \text{ mit wachsendem } PK_i$$

und

$$\frac{\partial\left(\frac{\partial Y_i}{\partial K_i}\right)}{\partial PK_i} = e^{f_i} \cdot \beta \cdot \gamma \cdot A_i^{\alpha} \cdot K_i^{\beta-1} \cdot PK_i^{\gamma-1} \downarrow \text{ mit wachsendem } PK_i$$

Zwecke einer infrastrukturorientierten Regionalpolitik:
- Erhöhung der Anzahl an Arbeitsplätzen bei gegebenem Lohnsatz (Stabilitätsziel)
- Anhebung des Lohnsatzes bei gegebener Anzahl von Arbeitsplätzen (Ausgleichsziel)

Kriterium der Wirtschaftlichkeit:
- Nutzen-Kosten-Analyse auf Basis von normativen Vorgaben der Wohlfahrtsökonomie
- Durchführung privatwirtschaftlicher Investitionsrechnungen

zur Beantwortung der Fragen nach:
- ökonomischer Sinnhaftigkeit staatlicher Projekte unter Entzug finanzieller Mittel aus privatem Sektor
- Auswahl staatlicher Vorhaben aus Anzahl potenzieller Alternativen

Vorteile einer infrastrukturorientierten Regionalpolitik (bei Beachtung des Kriteriums der Wirtschaftlichkeit):

- Hohe Produktionselastizität des öffentlichen Kapitalstocks (vergleichbar mit privatem Kapitalstock) $\rightarrow$ Infrastrukturinvestionen tragen erheblich zur Steigerung der Produktivität von Arbeit und Kapital bei
- Infrastruktur ist nicht selektierend, sondern steht allen Unternehmen zur Verfügung (keine Selektion wie bei privaten Kapital erforderlich, kein Diskriminierungen)

Nachteile einer infrastrukturorientierten Regionalpolitik:

- Irreversibilität von Fehlentscheidungen (lange Lebensdauer)
- hohe Unterhaltskosten während der langen Lebensdauer
- Rent-seeking (durch Gewährung von Subventionen)

- **Netzwerk- und clusterorientierte Regionalpolitik**

Initiierung und Vertiefung der Kontakte zwischen regionalen Entscheidungsträgern

Zweck: Bildung und Stärkung regionaler Netzwerke

Netzwerk: dritte gesellschaftliche Organisationsform zwischen zentraler Organisationsform Unternehmen und dezentraler Organisationsform Markt

lockerer Verbund aus Personen (Knoten), untereinander verbunden durch Verflechtungen (Kanten) z.B. zum Informationsaustausch; Knoten und Kanten in Form eines Netzwerks

Unternehmen (rechtl. Einheit): Prod.faktoren zum Zeck einer nachhaltig ertragbringenden Herstlung von Gütern u. Dienstleistungen miteinander kombiniert

Organisationsprinzip: Anordnung und Mitbestimmung
Anreiz- und Sanktionsmechanismen: Entlohnung der Prod.faktoren

Markt: Angebot und Nachfrage werden miteinander in Übereinstimmung gebracht

Organisationsprinzipien: Pläne unabh. Akteure durch Preise aufeinander abgestimmt
Anreiz- und Saktionsmechanismen: Gewinne und Verluste

Charakteristiken von Netzwerken:

- lockerer Verbund zwischen Akteuren: Eintritte und Austritte relativ leicht möglich
- ungerichtete Dauerhaftigkeit: auf Dauer oder zur Erstellung bestimmter Projekte
- Zusammenarbeit: nicht Hierarchie und Anordnung, sondern Gleichberechtigung und Kooperation
- Partnerschaft und Vertrauen unter Beteiligten
- Vorteilhaftigkeit für alle Beteiligten (da nur bei Nutzen Mitarbeit in Netzwerk)

Bildung funktionierender Netzwerke verbessert Position eines Wirtschaftsraums im interregionalen Wettbewerbsprozess: Kooperation erleichtert Problemlösung und gibt Antwort auf geänderte Rahmenbedingungen (Globalisierung)

Entscheidung über Organisationsform:
Transaktionskosten entscheidende Determinante

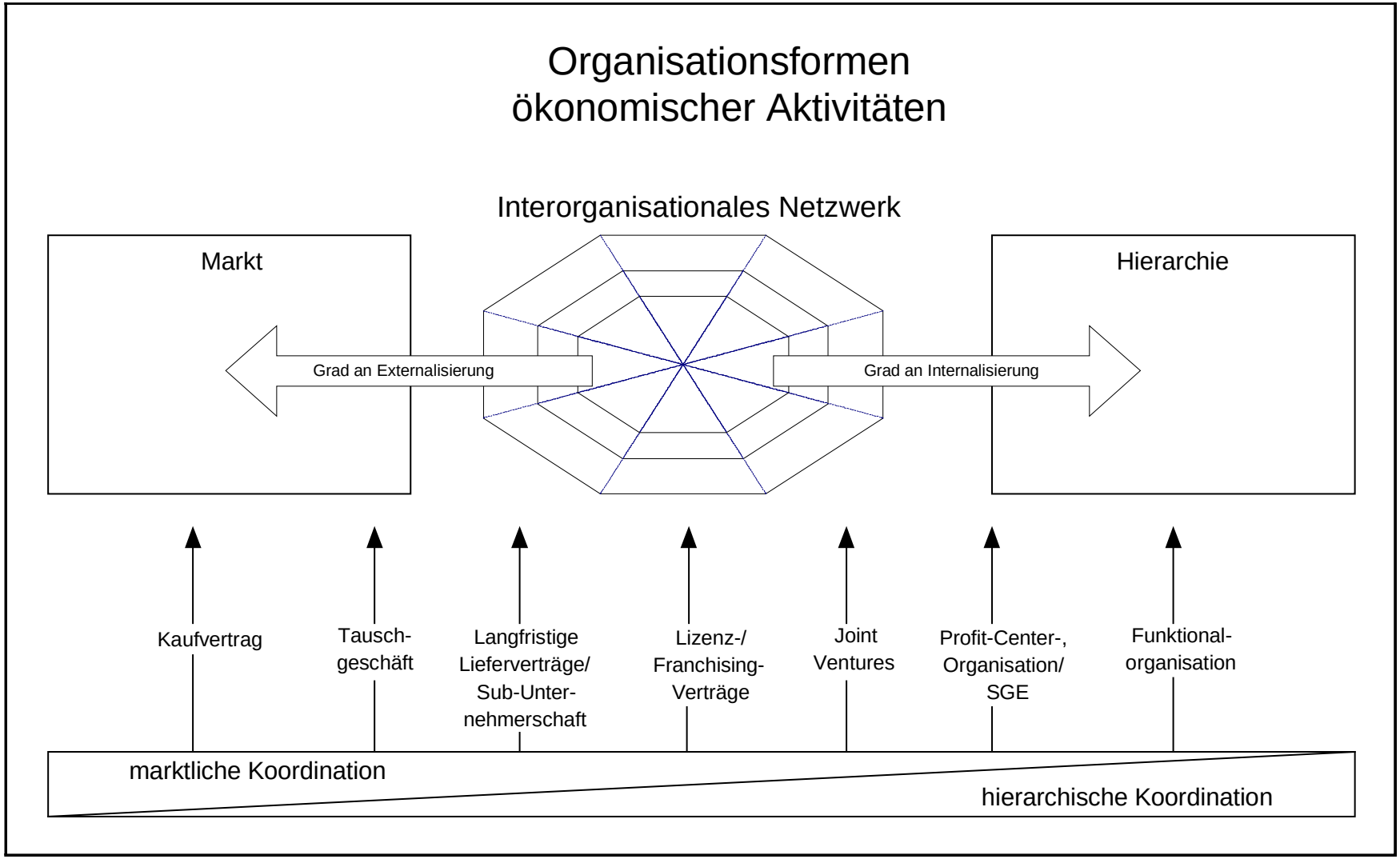
Transaktionskosten
- Such-, Informations-, Verhandlungskosten (vor Durchführung einer ökonom. Transaktion)
- Kontroll-, Reklamations-, Rechtsstreitkosten (nach Durchführung der ökonom. Transaktion)

Markt:
Vorteilhaft, wenn Transaktionen nicht mit besonderer Unsicherheit und transaktionsspezifischen Inverstitionen verbunden sind

Hierarchie (Unternehmen):
Vorteilhaft, wenn Unwägbarkeiten und das Risiko opportunistischen Handelns hoch sind

Netzwerkartige Organisation:
Verbindet im Idealfall Vorteile marktlicher nd hierarchischer Koordination (Skalen- und Verbundeffekte wie bei Unternehmen und effizienzsteigernde Wirkung des Marktes)

Abbildung 4-6: Organisationsformen ökonomischer Aktivitäten



Vorteile funktionierender Netzwerke äußern sich hier konkret in:

- **Bildung von Unternehmensclustern**
  räumliche Konzentration von Unternehmen, die sich gegenseitig in ihrer Entwicklung begünstigen (für Produktion X_A (X_B) des Unternehmens A (B) gilt: $\frac{dX_A}{dX_B} > 0$ und $\frac{dX_B}{dX_A} > 0$)

Unternehmenscluster (Portersche Definition):

Geografische Konzentration von Unternehmen eines oder verwandter Wirtschaftszweige, die ähnliche Technologien verwenden oder ähnliche Fertigkeiten erfordern. Sie stehen im Wettbewerb kooperieren miteinander. Die Unternehmen sind eingebunden in Netzwerke mit anderen regionalen Akteuren wie Institutionen und Forschungseinrichtungen

- Externe Effekte, Produktivitäts- und Qualitätsvorteile und Synergien durch
  - Arbeitsteilung und Bündelung der Kräfte
  - Verfügbarkeit von qualifizierten Beschäftigten
  - direkte Zusammenarbeit in einzelnen Unternehmensfeldern (z.B. Beschaffung, Marketing, Entsorgung)
- Skalen- und Lernkurveneffekte durch
  - Spezialisierung
  - Austausch
- Verringerung der Unsicherheit über künftige Entwicklung und Erhöhung der Flexibilität durch
  - Vertrauensverhältnis
  - räumliche Nähe

→ Krisen und Risiken werden abgepuffert (Senkung der „sunk costs“), Marktchancen erhöhen sich

Funktionen von Unternehmensclustern nach Porter:

- Cluster sollen die Produktivität der beteiligten Unternehmen durch eine Menge von Standortfaktoren (-> Diamant-Konzept) erhöhen.
- Die Produktivitätssteigerung der Unternehmen in einem Cluster basiert hauptsächlich auf Wissensspillovers durch eine intensive Interaktion der regionalen Akteure und nicht primär auf den Zugang zu Produktionsfaktoren und der Unternehmensgröße.
- Die Erhöhung der Produktivität der in der Region ansässigen und zuziehenden Unternehmen stärkt die Innovationskraft der Region gestärkt und stellt einen Anreiz zur Gründung neuer Unternehmen dar.
- Cluster fördern gleichermaßen den Wettbewerb und die Kooperation. Beides kann auf unterschiedlichen Ebenen zwischen verschiedenen Akteuren stattfinden.
- Ohne Wettbewerb zwischen den Unternehmen in einem Cluster wäre es langfristig zum Scheitern verurteilt. Er ist nötig, um die Innovationsbereitschaft zu erhöhen.

- **Schaffung innovativer, kreativer Milieus**
  Technologische Fortschrittsrate für Positionierung eines Wirtschaftsraums in internationalem Wettbewerbsprozess entscheidend
  → erhöhte regionale Innovationsfähigkeit durch
    - Nutzung komplementären Wissens
    - problemangepasste Lieferung von Vorprodukten
    - Bündelung von Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung
    - gemeinsame Beantragung zentraler Mittel der Forschungsförderung
    - abgestimmte Normen und Standards
    - gemeinsame Sprache und Problemsicht

- **Wissensgenerierung und –verbreitung** („**lernende Region**“)
  Innovationsfähigkeit einer Region ist abhängig von vorhandenem Humankapital!
  - Kompetenzen durch
    - Austausch von Wissen und Know-how
    - Qualifikation und Fluktuation von Beschäftigten
    - interaktives Lernen
  - Beschleunigung der Diffusion von Informationen und Innovationen
  - Abgleich verschiedener Vorgehensweisen ermöglicht
    → Vergleichsmöglichkeitenbest-practice-Verfahren
    → Anregungen für organisatorische Modernisierung
    → schnelleres Aufdecken von Fehlentwicklungen
    → Entstehung von Ideen und Neuerungen im erfahrungsbasierten Austausch

Aufgabe der netzwerk- und clusterorientierten räumlichen Wirtschaftspolitik:

Initiierung, Stärkung und Ausbau regionaler Netzwerke, um Grundlagen für Produktionscluster und kreative Milieus zu schaffen

- Verankerung von Unternehmen in Region (durch Neugründung oder Standortverlegung), die bestehende oder angestrebte Cluster sinnvoll ergänzen
- Schaffung von Plattformen für häufige informelle Kontakte → Face-to-face-Kontakte zum gegenseitigen Kennenlernen, Informieren und zum Vertrauensaufbau

  Anlässe für Treffen: z.B. Mitarbeit an Projekten, gesellschaftliche Ereignisse oder Vortragsveranstaltungen
- Aufbau regionaler Datenbanken über Leistungspotenziale regionaler Akteure (Ergänzung, nicht Ersetzung persönlicher Kontakte)

Kritikpunkte des Konzepts einer cluster- und netzwerkorientierten Regionalentwicklung:

- keineswegs neu; Alfred Marshall: Akkumulations- und Lokalisationsvorteile (zusammengefasst Agglomerationsvorteile) → externe Kostenvorteile für Unternehmen
  neu: Betonung regionaler Netzwerke für Auftreten der Effekte
- Mitarbeit an Netzwerken freiwillig; Nutzen erst nach längerer Zeit erkennbar (Gefahr der Frustration und Verweigerung → Kosten fallen direkt u. unmittelbar an)
- Bildung von Clustern: räumliche Nähe vieler ähnlicher Unternehmen erhöht Wettbewerbsdruck (im Hinblick auf Abnehmer und Arbeitskräfte)
- Cluster und Milieus: Begünstigung regionaler Entwicklung nicht zwingend, Gefahr gravierender Entwicklungsengpässe (werden am Ende des Lebenszyklus sklerotisch: nach Sättigung der Märkte Wunsch nach Besitzstandswahrung → Forderung nach Erhaltungssubventionen, Abwehr neuer Produkte und Unternehmen)
- Clusterbildung aufgrund der Annahme von räumlicher Nähe anderer „Knoten“ im Netzwerk als wichtigen Standortfaktor (durch moderne Kommunikationsformen und stark gesunkene Transport- und Informationskosten zweifelhaft)